

**"Ungleichbehandlung bei der
Schülerbeförderung in Rheinland-Pfalz"
auf Antrag der Fraktion der FDP
– Drucksachen 15/3827/3851 –**

Abg. Frau Dickes, CDU:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Eymael hat schon viele Missstände in der rheinlandpfälzischen Schülerbeförderung aufgezeigt.

Ich möchte mit Erlaubnis des Präsidenten einmal auf das persönliche Befinden von Eltern, die das betrifft, herabbrechen und zitiere aus einem Brief, der mich vor einigen Wochen erreicht hat: Sehr geehrte Frau Dickes, diese Mail schreibe ich als Vater von zwei Kindern, die eine weiterführende Schule besuchen und Fahrgeld bezahlen müssen. Würden meine Kinder eine Hauptschule oder eine Realschule plus besuchen, wäre die Fahrt zur Schule kostenfrei. Werden hier nicht Familien, deren Kinder ein Gymnasium oder eine Realschule besuchen, benachteiligt? Bildungsgerechtigkeit? Ist es gerecht, wenn zwei Kinder an der gleichen Haltestelle einsteigen, den gleichen Bus benutzen, an der gleichen Haltestelle wieder aussteigen, der eine zahlt und der andere nicht? –

Die „Mainzer Rhein-Zeitung“ hat den Titel gewählt: „Im Schulbus herrscht Zweiklassengesellschaft“. Ich glaube, das ist nicht das, was wir in Rheinland-Pfalz wollen.

Wenn man sich diese Situation vor Augen führt, dann ist es oft genug nicht ausschlaggebend oder in manchen Fällen nicht ausschlaggebend für die Schulwahl, welche die beste, begabungsgerechteste Schule für das Kind ist, sondern welche die günstigste Schule für das eigene Kind ist, dann, wenn im eigenen Portemonnaie nicht so viel Geld vorhanden ist.

Wir wollen in diesem Land immer alles tun, dass die Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. In diesem Fall haben wir einen eklatanten Fall davon, dass sie es eben doch tut. Wir sind jedenfalls der Meinung, dass es nicht von der finanziellen Situation der Eltern abhängen darf, welche Schule ein Kind besucht. Mit der Regelung aber, die Sie im Land hier geschaffen haben, bewirken Sie das Gegenteil. Sie hören auch nicht zu, wenn die Eltern protestieren. Sie wischen sie einfach zur Seite, und das mit einer relativen Arroganz und Ignoranz.

Der Landeselternbeirat hat mehrfach diese Ungerechtigkeiten kritisiert, was die Schulen betrifft. Ein Zitat aus dieser Sitzung des Landeselternbeirats wurde auch an mich herangetragen. Ich muss sagen, es macht einen fassungslos, wenn eine Staatssekretärin sagt, es wäre gar nicht ungerecht und es hätten ja alle Kinder die gleichen Chancen, schließlich würde Fachabitur an der Realschule plus auch

ausreichen für einen hervorragenden Bildungsaufstieg.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, andere Bundesländer regeln das anders. Rheinland-Pfalz ist hier wieder einmal eine Insel.

(Zuruf des Abg. Fuhr, SPD)

Wir sind bundesweit das einzige Bundesland, in dem es von der gewählten Schulart abhängt, ob Eltern Beiträge zahlen müssen oder nicht.

Wir hatten mit der Schulstrukturreform im Land tatsächlich eine Chance, etwas zu ändern. Aber anstatt es zum Guten zu ändern, haben wir das Gegenteil gemacht. Wir haben Ungerechtigkeiten zementiert. Das merken Sie vielleicht auch daran, dass die Proteste seit der Schulstrukturreform seitens der Eltern vehement zugenommen haben.

(Beifall der CDU)

Ich frage mich natürlich: Hören Sie die auch, oder haben Sie hier vielleicht auch wie bei dem Thema „Lernmittel“ taube Ohren, keine Ideen? Wie ich heute Morgen der Presse entnommen habe, werden Sie unsere Initiative jetzt als eigenen Vorschlag übernehmen und eine Lernmittelausleihe in Rheinland-Pfalz einführen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Das ist gut für die Familien, und es ist gut, dass auch Sie jetzt eine Ausleihe wollen. Ich freue mich, dass wir unsere Initiative jetzt gemeinsam erfolgreich für die Eltern in Rheinland-Pfalz umsetzen können. Wenn es Ihr Wunsch ist, bei der Schülerbeförderung den gleichen Weg zu gehen, wenn Sie auch da auf unsere Initiative warten, weil die eigenen Ideen fehlen, dann sagen Sie uns das, Frau Ministerin. Wir übernehmen gerne in diesem Land Verantwortung.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir wissen, dass die Haushaltslage in Rheinland-Pfalz desolat ist. Wir wissen, dass wir nicht das große Füllhorn ausschütten können, aber gleichzeitig kann eine knappe Haushaltslage nicht die Rechtfertigung für Ungleichbehandlung sein. Auch da zitiere ich noch einmal aus der „Rhein-Zeitung“: „(...) für das Mainzer Bildungsministerium sind (...) nicht alle Schüler gleich.“ Wir als CDU möchten, dass alle Schüler die gleichen Chancen haben, alle Familien eine Entlastung erhalten, bedürftige mehr, aber andere auch, und es nicht davon abhängen kann, ob das Kind Abitur machen soll oder nicht.

Frau Ministerin, es liegt in Ihrer Verantwortung. Wir unterstützen Sie gerne mit unseren Ideen,

(Heiterkeit des Abg. Fuhr, SPD –
Schweitzer, SPD: Welche Ideen?)

aber unser eindringlicher Appell ist: Tun Sie bitte etwas.

–

Danke.

(Beifall der CDU)